

WETTEN, DECRETEN, ORDONNANTIES EN VERORDENINGEN LOIS, DECRETS, ORDONNANCES ET REGLEMENTS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

[C - 2016/00452]

26 DECEMBER 2015. — Programmawet (I) Duitse vertaling van uittreksels

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de artikelen 1, 18, 41, 49 en 50, 54, 64, 66, 93 tot 96, 98 en 102 tot 110 van de programmawet (I) van 26 december 2015 (*Belgisch Staatsblad* van 30 december 2015).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

[C - 2016/00452]

26 DECEMBRE 2015. — Loi-programme (I) Traduction allemande d'extraits

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande des articles 1, 18, 41, 49 et 50, 54, 64, 66, 93 à 96, 98 et 102 à 110 de la loi-programme (I) du 26 décembre 2015 (*Moniteur belge* du 30 décembre 2015).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

[C - 2016/00452]

26. DEZEMBER 2015 — Programmgesetz (I) — Deutsche Übersetzung von Auszügen

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung der Artikel 1, 18, 41, 49 und 50, 54, 64, 66, 93 bis 96, 98 und 102 bis 110 des Programmgesetzes (I) vom 26. Dezember 2015.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST KANZLEI DES PREMIERMINISTERS

26. DEZEMBER 2015 — Programmgesetz (I)

PHILIPPE, König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Abgeordnetenversammlung hat das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

TITEL I — Allgemeine Bestimmung

Artikel 1 - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 74 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

TITEL II — Haushalt

KAPITEL 1 — *Aufhebung von Grundlagenfonds, die im Grundlagengesetz vom 27. Dezember 1990 zur Schaffung von Haushaltsfonds erwähnt sind*

(...)

Abschnitt 7 — FÖD Beschäftigung, Arbeit und Soziale Konzertierung

(...)

Art. 18 - Die Artikel 24 bis 26 und 35 des Gesetzes vom 5. September 2001 zur Verbesserung des Arbeitnehmerbeschäftigungsgrades, abgeändert durch das Programmgesetz vom 27. Dezember 2004, werden aufgehoben.

(...)

Abschnitt 11 — ÖPD Sozialeingliederung

(...)

Art. 41 - Artikel 65 des Programmgesetzes vom 19. Juli 2001 wird aufgehoben.

(...)

Abschnitt 13 — FÖD Finanzen, für die Staatsschuld

(...)

Art. 49 - Die Artikel 26 und 27 des Gesetzes vom 5. September 2001 zur Gewährleistung des stetigen Abbaus der Staatsschuld und zur Schaffung eines Vergreisungsfonds werden aufgehoben.

KAPITEL 2 — Justiz

Art. 50 - Artikel 52 Absatz 2 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler, abgeändert durch das Gesetz vom 10. Januar 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. Im ersten Gedankenstrich werden die Wörter "vom Messtechnischen Dienst des Föderalen Öffentlichen Dienstes Wirtschaft" durch die Wörter "vom Dienst Technische Bewertungen der Kommission für Glücksspiele" ersetzt.
2. Im zweiten Gedankenstrich werden die Wörter "des Messtechnischen Dienstes" durch die Wörter "des Dienstes Technische Bewertungen der Kommission für Glücksspiele" ersetzt.
3. Der dritte Gedankenstrich wird aufgehoben.

(...)

KAPITEL 6 — *Wirtschaft**Abschnitt 1 — Haushaltsfonds Zentrale Datenbank der Unternehmen*

Unterabschnitt 1 — Abänderung des Wirtschaftsgesetzbuches

Art. 54 - Artikel III.48 des Wirtschaftsgesetzbuches, eingefügt durch das Gesetz vom 17. Juli 2013, wird aufgehoben.

(...)

Abschnitt 4 — Fonds zur Bekämpfung der Überschuldung

(...)

Art. 64 - Artikel 19 § 1 des Gesetzes vom 7. Mai 1999 über die Glücksspiele, die Wetten, die Glücksspieleinrichtungen und den Schutz der Spieler, abgeändert durch die Gesetze vom 8. April 2003, 23. Dezember 2009 und 10. Januar 2010, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 4 werden die Wörter "Der in Artikel 20 § 2 des Gesetzes vom 5. Juli 1998 über die kollektive Schuldenregelung und die Möglichkeit eines freihändigen Verkaufs gepfändeter unbeweglicher Güter erwähnte Jahresbeitrag an den Fonds zur Bekämpfung der Überschuldung" durch die Wörter "Der in Artikel 20 § 1 [*sic, zu lesen ist: Artikel 20 § 3*] des Gesetzes vom 5. Juli 1998 über die kollektive Schuldenregelung und die Möglichkeit eines freihändigen Verkaufs gepfändeter unbeweglicher Güter erwähnte Jahresbeitrag an den FÖD Wirtschaft" ersetzt.
2. In Absatz 5 werden die Wörter "Fonds zur Bekämpfung der Überschuldung" durch die Wörter "FÖD Wirtschaft" ersetzt.

(...)

Art. 66 - In Artikel 29 § 1 Absatz 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 13. Juni 2005 über die elektronische Kommunikation, eingefügt durch das Gesetz vom 23. Dezember 2009, werden die Wörter "den in Artikel 20 § 2 des Gesetzes vom 5. Juli 1998 über die kollektive Schuldenregelung und die Möglichkeit eines freihändigen Verkaufs gepfändeter unbeweglicher Güter erwähnten Jahresbeitrag an den Fonds zur Bekämpfung der Überschuldung" durch die Wörter "den in Artikel 20 § 1 [*sic, zu lesen ist: Artikel 20 § 3*] des Gesetzes vom 5. Juli 1998 über die kollektive Schuldenregelung und die Möglichkeit eines freihändigen Verkaufs gepfändeter unbeweglicher Güter erwähnten Jahresbeitrag an den FÖD Wirtschaft" ersetzt.

(...)

TITEL IV — *Volksgesundheit, soziale Angelegenheiten und Beschäftigung*

(...)

KAPITEL 4 — *Abänderungen des Gesetzes vom 16. November 2015 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales, des Einkommensteuergesetzbuches 1992 und des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer*

(...)

Art. 93 - Artikel 38 § 1 Absatz 1 Nr. 29 des Einkommensteuergesetzbuches 1992, eingefügt durch das Gesetz vom 16. November 2015, wird wie folgt ersetzt:

"29. Entlohnungen, die in Ausführung eines Flexi-Job-Arbeitsvertrags, wie in Artikel 3 Nr. 4 des Gesetzes vom 16. November 2015 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen im Bereich Soziales erwähnt, gezahlt oder zuerkannt werden,".

Art. 94 - In Artikel 14 des Gesetzes vom 27. Juni 1969 zur Revision des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer werden die Wörter "Artikel 9 Nr. 2" durch die Wörter "Artikel 3 Nr. 2" ersetzt.

Art. 95 - Vorliegendes Kapitel wird wirksam mit 1. Dezember 2015.

KAPITEL 5 — *Beschäftigung*

Abschnitt 1 — Abänderung von Titel XI Kapitel VI des Gesetzes vom 27. Dezember 2006 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen (I) über Sozialversicherungsbeiträge und -abgaben, geschuldet in Regelungen der Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag, auf Zusatzentschädigungen zu bestimmten Leistungen der sozialen Sicherheit und auf Invaliditätsentschädigungen

Art. 96 - In Titel XI Kapitel VI des Gesetzes vom 27. Dezember 2006 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen (I), zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 19. Juni 2012, wird ein Artikel 124ter mit folgendem Wortlaut eingefügt:

"Art. 124ter - Für Zusatzentschädigungen, die im Rahmen eines Zeitkredits oder infolge einer Kündigung oder eines Arbeitsvertragsbruchs, die beziehungsweise der nach dem 10. Oktober 2015 notifiziert worden ist, oder infolge jeder anderen Beendigung des Arbeitsvertrags nach diesem Datum zum ersten Mal ab dem 1. Januar 2016 gewährt werden, werden die in Artikel 118 § 2quater und in Artikel 120 §§ 2 und 3/1 vorgesehenen Prozentsätze der geschuldeten Beiträge mit dem Koeffizienten 1,25 multipliziert und werden die in Artikel 118 § 3/1 und in Artikel 120 § 4/1 vorgesehenen Prozentsätze mit dem Koeffizienten 2,25 multipliziert.

Die so ermittelten Prozentsätze werden arithmetisch auf die zweite Dezimalstelle gerundet, wobei 0,005 aufgerundet wird.

Der in Absatz 1 erwähnte Koeffizient 1,25 findet keine Anwendung auf Arbeitslose mit Betriebszuschlag, wenn die Kündigung beziehungsweise der Arbeitsvertragsbruch im Rahmen einer Anerkennung als Unternehmen in Schwierigkeiten oder in Umstrukturierung notifiziert worden ist, sofern die Anerkennung oder, im Fall von Unternehmen in Umstrukturierung, die Ankündigung der Massenentlassung, wie in Kapitel VII des Königlichen Erlasses vom 3. Mai 2007 zur Festlegung der Regelung der Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag erwähnt, vor dem 11. Oktober 2015 erfolgt ist."

Abschnitt 2 — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 29. März 2010 zur Ausführung von Titel XI Kapitel VI des Gesetzes vom 27. Dezember 2006 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen (I) über Sozialversicherungsbeiträge und -abgaben, geschuldet in Regelungen der Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag, auf Zusatzentschädigungen zu bestimmten Leistungen der sozialen Sicherheit und auf Invaliditätsentschädigungen

(...)

Art. 98 - Vorliegendes Kapitel tritt am 1. Januar 2016 in Kraft.

(...)

TITEL V — *Finanzen*

EINZIGES KAPITEL — *Einkommensteuern*

Abschnitt 1 — Regelung der Arbeitslosigkeit mit Betriebszuschlag
Steuerbefreiung für den Betriebszuschlag bei Wiederaufnahme der Arbeit

Art. 102 - In Artikel 31*bis* des Einkommensteuergesetzbuches 1992, ersetzt durch das Gesetz vom 27. Dezember 2006 und abgeändert durch die Gesetze vom 17. Mai 2007 und 17. Juni 2013, wird Absatz 2 aufgehoben.

Art. 103 - Artikel 38 desselben Gesetzbuches, zuletzt abgeändert durch das Programmgesetz vom 19. Dezember 2014, wird wie folgt abgeändert:

1. Paragraph 1 Absatz 1 wird durch eine Nr. 31 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“31. in Artikel 31*bis* Absatz 1 Nr. 1 erster Gedankenstrich erwähnte Zusatzentschädigungen und in Absatz 2 Nr. 2 desselben Artikels erwähnte Betriebszuschläge, wenn sie für einen Zeitraum der Wiederaufnahme der Arbeit bei einem anderen Arbeitgeber oder der Wiederaufnahme der Arbeit als Selbständiger bezogen werden.”

2. Der Artikel wird durch einen Paragraphen 6 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

“§ 6 - Zur Festlegung des in § 1 Absatz 1 Nr. 31 erwähnten Zeitraums der Wiederaufnahme der Arbeit wird die Gesamtdauer der Arbeitswiederaufnahmen in einem Monat in einer Anzahl geleisteter Tage, umgewandelt in eine wöchentliche Arbeitsregelung von sechs Tagen beziehungsweise sechsundzwanzig Tage für einen vollständigen Monat, ausgedrückt. Jeder Arbeitstag wird berücksichtigt, ungeachtet der Anzahl effektiv geleisteter Stunden, und der ganze Zeitraum, für den ein Arbeitsvertrag oder eine Tätigkeit als hauptberuflicher Selbständiger besteht, gilt als Zeitraum der Wiederaufnahme der Arbeit, ungeachtet der Anzahl effektiv geleisteter Tage.”

Art. 104 - In Artikel 146 Nr. 3 desselben Gesetzbuches, abgeändert durch die Gesetze vom 30. März 1994, 21. Dezember 1994, 7. April 1999, 28. April 2003 und 22. Dezember 2008, werden die Wörter “in Artikel 31*bis* Absatz 3 Nr. 1” durch die Wörter “in Artikel 31*bis* Absatz 2 Nr. 1” ersetzt.

Art. 105 - In Artikel 147 Absatz 1 Nr. 2 desselben Gesetzbuches, ersetzt durch das Gesetz vom 17. Mai 2007 und abgeändert durch die Gesetze vom 27. März 2009 und 17. Juni 2013, wird Buchstabe *a*) wie folgt ersetzt:

“*a*) des Lohns, der beim neuen Arbeitgeber bezogen wird, oder des Einkommens, das aus einer neuen Berufstätigkeit als Selbständiger bezogen wird, im Falle des Bezugs einer in Artikel 31*bis* Absatz 1 Nr. 1 zweiter Gedankenstrich erwähnten Zusatzentschädigung.”

Art. 106 - Die Artikel 102 und 104 treten ab dem Steuerjahr 2017 in Kraft.

Die Artikel 103 und 105 sind auf Betriebszuschläge und Zusatzentschädigungen anwendbar, die ab dem 1. Januar 2016 gezahlt oder zuerkannt werden, sofern sie sich nicht auf Zeiträume beziehen, die vor diesem Datum liegen.

Abschnitt 2 — Banken und Versicherungen

Art. 107 - Artikel 207 des Einkommensteuergesetzbuches 1992, zuletzt abgeändert durch das Gesetz vom 10. August 2015, wird wie folgt abgeändert:

A. 1. Zwischen Absatz 4 und Absatz 5 wird ein Absatz mit folgendem Wortlaut eingefügt:

“Absatz 4 ist nicht auf Gesellschaften anwendbar, die vom König als Zentralverwahrer von Finanzinstrumenten zugelassen sind im Sinne des koordinierten Königlichen Erlasses Nr. 62 vom 10. November 1967 über die Hinterlegung von fungiblen Finanzinstrumenten und die Liquidation von Geschäften mit diesen Instrumenten oder die gemäß Artikel 36/26 § 7 des Gesetzes vom 22. Februar 1998 zur Festlegung des Grundlagenstatuts der Belgischen Nationalbank über eine Zulassung als Einrichtung, die einer Liquidationseinrichtung gleichgesetzt ist, verfügen.”

2. In Absatz 5 werden die Wörter “2,37 Prozent” durch die Wörter “3,39 Prozent” ersetzt.

3. In Absatz 7 werden die Wörter “1,88 Prozent” durch die Wörter “2,69 Prozent” ersetzt.

B. 1. In Absatz 5, zuletzt abgeändert durch Buchstabe *A*, werden die Wörter “3,39 Prozent” durch die Wörter “4,88 Prozent” ersetzt.

2. In Absatz 7, zuletzt abgeändert durch Buchstabe *A*, werden die Wörter “2,69 Prozent” durch die Wörter “3,88 Prozent” ersetzt.

Art. 108 - Artikel 107 Buchstabe *A* tritt ab dem Steuerjahr 2016 in Kraft.

Artikel 107 Buchstabe *B* tritt ab dem Steuerjahr 2017 in Kraft.

Abschnitt 3 — Abänderung von Artikel 275¹⁰ des Einkommensteuergesetzbuches 1992

Art. 109 - Artikel 275¹⁰ des Einkommensteuergesetzbuches 1992, eingefügt durch das Programmgesetz vom 10. August 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 2 Nr. 3 wird durch folgenden Satz ergänzt:

“; die Frist von achtundvierzig Monaten beginnt am ersten Tag des Monats nach dieser Eintragung.”

2. In Absatz 3 werden die Wörter “zu dem Zeitpunkt, zu dem diese natürliche oder juristische Person die erste Eintragung in der Zentralen Datenbank der Unternehmen veranlasst hat” durch die Wörter “am ersten Tag des Monats nach der ersten Eintragung in der Zentralen Datenbank der Unternehmen, die diese natürliche oder juristische Person veranlasst hat” ersetzt.

Art. 110 - Artikel 109 wird wirksam mit 1. August 2015.

(...)

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Ciergnon, den 26. Dezember 2015

PHILIPPE

Von Königs wegen:

Der Premierminister

Ch. MICHEL

Der Minister der Beschäftigung

K. PEETERS

Die Ministerin der Sozialen Angelegenheiten und der Volksgesundheit

Frau M. DE BLOCK

Der Minister der Finanzen

J. VAN OVERTVELDT

Der Minister der Sozialen Eingliederung

W. BORSUS

Die Ministerin der Energie

Frau M.C. MARGHEM

Die Ministerin des Haushalts

Frau S. WILMES

Mit dem Staatssiegel versehen:

Für den Minister der Justiz, abwesend:

Der Vizepremierminister und Minister der Beschäftigung,
der Wirtschaft und der Verbraucher, beauftragt mit dem Außenhandel

K. PEETERS

FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle

[2016/203780]

22 JUNI 2016. — Koninklijk besluit betreffende de opheffing van de aanduiding van een gemachtigde, belast met het toezicht op de wet van 15 april 1994 betreffende de bescherming van de bevolking en van het leefmilieu tegen de uit ioniserende stralingen voortspruitende gevaren en betreffende het Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle en haar uitvoeringsbesluiten

FILIP, Koning der Belgen,

Aan allen die nu zijn en hierna wezen zullen, Onze Groet.

Gelet op de wet van 20 juli 1978 houdende geëigende beschikkingen teneinde de Internationale Organisatie voor Atoomenergie toe te laten inspectie- en verificatiewerkzaamheden door te voeren op Belgisch grondgebied, in uitvoering van het Internationaal Akkoord van 5 april 1973 bij toepassing der §§ 1 en 4 van artikel III van het verdrag van 1 juli 1968 inzake de niet-verspreiding van kernwapens, artikel 10, tweede lid, vervangen bij de wet van 19 maart 2014;

Gelet op de wet van 15 april 1994 betreffende de bescherming van de bevolking en van het leefmilieu tegen de uit ioniserende stralingen voortspruitende gevaren en betreffende het Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle, artikel 9, vervangen bij de wet van 19 maart 2014;

Gelet op het koninklijk besluit van 10 juni 2014 betreffende de aanduiding van gemachtigden, belast met het toezicht op de wet van 15 april 1994 betreffende de bescherming van de bevolking en van het leefmilieu tegen de uit ioniserende stralingen voortspruitende gevaren en betreffende het Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle en haar uitvoeringsbesluiten, artikel 26;

Overwegende dat de heer Tom Vangelabbeek vanaf 20 juli 2016 niet langer in dienst zal zijn van het Federaal Agentschap voor Nucleaire Controle;

Op de voordracht van onze Minister van Binnenlandse Zaken,

Hebben Wij besloten en besluiten Wij :

Artikel 1. Artikel 26 van het koninklijk besluit van 10 juni 2014 betreffende de aanduiding van gemachtigden, belast met het toezicht op de wet van 15 april 1994 betreffende de bescherming van de bevolking en van het leefmilieu tegen de uit ioniserende stralingen

SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

Agence fédérale de Contrôle nucléaire

[2016/203780]

22 JUIN 2016. — Arrêté royal portant sur l'abrogation de la désignation des mandataires, chargés de surveiller le respect de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire et de ses arrêtés d'exécution

PHILIPPE, Roi des Belges,

A tous, présents et à venir, Salut.

Vu la loi du 20 juillet 1978 établissant des dispositions propres à permettre à l'Agence internationale de l'Energie atomique d'effectuer des activités d'inspection et de vérification sur le territoire belge, en exécution de l'Accord international du 5 avril 1973 pris en application des §§ 1^{er} et 4 de l'article III du Traité du 1^{er} juillet 1968 sur la non-prolifération des armes nucléaires, l'article 10, alinéa 2, remplacé par la loi du 19 mars 2014;

Vu la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire, l'article 9, remplacé par la loi du 19 mars 2014;

Vu l'arrêté royal du 10 juin 2014 portant sur la désignation de mandataires, chargés de surveiller le respect de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire et de ses arrêtés d'exécution, l'article 26;

Considérant que M. Tom Vangelabbeek ne sera plus en service au sein de l'Agence fédérale de Contrôle nucléaire à partir du 20 juillet 2016;

Sur la proposition de Notre Ministre de l'Intérieur,

Nous avons arrêté et arrêtons :

Article 1^{er}. L'article 26 de l'arrêté royal du 10 juin 2014 portant sur la désignation de mandataires, chargés de surveiller le respect de la loi du 15 avril 1994 relative à la protection de la population et de l'environnement contre les dangers résultant des rayonnements ionisants et relative à